

WASH – Wahlalternative Soziales Hamburg

Für eine Ökonomie der sozialen Verträglichkeit

Liebe Bürgerinnen und Bürger!

Eine Partei, zumal eine, die sich neu gegründet hat und "alles" anders machen möchte, ist nur über die Fähigkeit zur sozialen und ökonomischen Analyse legitimierbar. Mehr als zwei Jahre haben wir damit zugebracht, nicht zuletzt um der WASH ein politisches Profil zu verleihen, das sich von anderen Parteien klar abhebt. Die analytischen Bemühungen haben Eingang in ein Buch mit dem Titel "Die Politisierung des Bürgers" gefunden, das seit Februar 2009 im Buchhandel erhältlich ist.

Mindestlohn

Wir sind u.a. zu dem Ergebnis gekommen, dass bloße Parolen das Profil einer Partei nicht hinreichend schärfen. Das zeigt die Entwicklung der Grünen: sie wurden über ökologische Parolen wie "für erneuerbare Energien", "gegen Atomkraft" etc. zu einer Partei wie jede andere. "Die Linke" ist nicht besser; sie profiliert sich ausschließlich über Parolen, insb. die Forderung nach einem Mindestlohn, noch während sie sich mit Hartz-IV und Sozialabbau versöhnt – gegen die Ärmsten, wie die rot-rote Landesregierung in Berlin seit Jahren demonstriert. Linke nehmen nicht zur Kenntnis, dass der Mindestlohn durch die ökonomische Realität vollständig widerlegt worden ist, in Ländern, wo er eingeführt wurde, z.B. in England und den USA. Er vermag unter den gegenwärtigen ökonomischen Systembedingungen nicht einmal das Schlimmste zu verhindern.

Wozu ein Mindestlohn in einer Ökonomie, der die Arbeit ausbeutet? Natürlich, wenigstens diejenigen, die eine Arbeit haben, sollen "vernünftig" (über)leben dürfen. Das Wort "flächendeckend" kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass er sich auf alle Bürger gerade nicht bezieht. Noch schlimmer ist, dass er Menschen zynisch aufeinander hetzt: Münzfeuerung zufolge soll er dafür sorgen, dass derjenige, der arbeitet, mehr bekommt als der, der nicht arbeitet und das bei einer lächerlichen Höhe von €7,50. Damit setzt die Forderung für den Mindestlohn auf den Neidfaktor; er erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass der eine Hungerleider den anderen totschießt, ohne dass mit dem Mindestlohn auch nur ein zusätzlicher Arbeitsplatz geschaffen wird.

Geld als Illusion

Ach ja, der Mindestlohn muss, um Arbeitsplätze zu schaffen, durch kreditfinanzierte Konjunkturprogramme flankiert werden. Doch erhöhen diese, wie sich gerade jetzt in der Krise herausstellt, nur die Wahrscheinlichkeit einer finalen Wirtschaftskatastrophe. Dies bestätigte, wenn auch nur indirekt, kein geringerer als Barack Obama in einem "Aufsehen erregenden Interview mit dem US-Fernsehsender Fox-News". Laut Web-News vom 07.04.09 sagte er dort wörtlich:

"Geld ist nichts anderes als Schulden. Das Geld, das Sie in der Tasche haben, sind die Schulden eines anderen. Geld entsteht nur durch Schulden. Und dies sei genau das Problem, das wir gerade haben."

Auf die Frage, ob dies nun bedeute, dass die Rückzahlung von Schulden auch Geld vernichte, antwortete Obama: Ja, das sei auch der Grund, warum sich der Dollar verknappe und im Wert steige, obwohl man eigentlich an einem schwachen Dollar interessiert sei. Web-News rezipiert Obama wie folgt weiter:

"Das Grundproblem sehe er darin, dass das Geldsystem auf immer höhere Schuldenstände angewiesen sei. Schulden aber könne man nicht unbegrenzt machen. 'Deshalb sind wir ja jetzt so tief im Schlamm' – so der US-Präsident wörtlich.

'Soll das also heißen, dass es Geld in seiner reinen Form gar nicht gebe?' – wollte ein Journalist wissen. Obama nickte und meinte, dass es genau so sei. Und weil jetzt alle bis zum Maximum verschuldet seien, wäre das Geld in der Tasche praktisch wertlos und deshalb hätte man jetzt ein großes Problem. Dies sei allerdings nicht nur ein Dollarspezifisches Problem, sondern ein Problem aller Währungen.

Ein anderer Journalist wollte wissen, wie es denn um die FED bestellt sei, die gerade über 1 Billion Dollar ausleiht. Darauf gab Obama wohl eines der bestgehüteten Geheimnisse preis: Die FED hätte gar kein Geld. Sie schafft es aus dem Nichts – per Knopfdruck. Wie ein Zauberer.

Obama gab zu, dass er vorher mit dem Zentralbankchef Bernanke über dieses Problem gesprochen habe. Dieser habe ihm geraten, die Fakten lieber nicht an die Öffentlichkeit zu bringen. Doch er, Obama, stehe schließlich für den Wechsel (Change) und das würde eben auch ein

Paradigmenwechsel beim Geld bedeuten. Darauf entgegnete ein Reporter empört: 'Wollen Sie damit sagen, dass die FED Geld aus dem Nichts schafft – während andere schwer dafür arbeiten müssen?' 'Genau so ist es', antwortete Obama."

Nun, von "Change" sprechen die Amis nicht freiwillig. Am liebsten würden sie so weiter machen wie bisher, nämlich vom Rest der Welt leben dadurch, dass der Dollar die Leitwährungsfunktion mit anderen großen Währungen nicht teilen muss und sie deshalb ihren Dollar einfach so drucken können, ohne befürchten zu müssen, dass sein Wert ins Bodenlose sinkt. Das wird auf die Dauer ohne industrielle Basis nicht funktionieren. Die Kreditkrise hat freilich das Fehlen der industriellen Basis in der US-Wirtschaft gadenlos sichtbar gemacht.

Nun müssen die USA damit rechnen, dass die übrige Welt, vor allem Europa und ganz besonders Deutschland, zu wenig Schulden für die Konjunktur macht; eine Retourkutsche gegen die Amis: man möchte von den billionenschweren Konjunkturprogrammen der Amis profitieren, als Trittbrettfahrer eine Zeitlang von ihren Schulden leben. Das wird für alle Seiten nicht lange gut gehen, zumal, und da dürfte Obama recht haben, die Überschuldung weltweit ist; sie hat alle (Haupt-)Währungen dieser Welt vergiftet – wertlos gemacht. Mit ein bisschen mehr Sparen, bzw. Geldverknappung, wird man sich da nicht aus der Affäre ziehen können. Kurzum, die Illusionseigenschaft des Geldes wurde überall freigelegt.

Fast möchte man sagen: Endlich hat die Welt die Chance, etwas dazulernen, wenn sie es denn möchte. Ein großer Währungsraum, Europa oder die USA, müsste mit dem Dazulernen anfangen und dadurch andere Wirtschaftsräume zwingen, ebenfalls zu lernen. Allein auf eine globale Einigkeit wird man vergeblich warten. Dass diese nicht zustande kommt, wird von allen Seiten als Alibi benutzt, nichts sehen und ändern zu müssen. Zu befürchten ist, dass man es lieber zur sozialen Katastrophe kommen lässt.

Geld als reale Größe

Wesentlich sind (und das sagt Obama nur indirekt, indem er von der Illusionseigenschaft der Finanzströme spricht) die realen Ströme im Produktionszyklus, während die Finanzströme dazu verurteilt sind, zu verdampfen, unfähig die Produktion zu beleben. Dadurch erscheint die Produktionskrise als Folge der Finanzkrise und nicht umgekehrt: die Finanzkrise als Folge der Produktionskrise. Man glaubt daher, mit der Regulierung der Finanzströme die Krise zu beherrschen. Das bleibt solange unmöglich, und hier stimmen wir mit Obama überein, wie Geld als Kreditgeld dem Wirtschaftskreislauf injiziert wird.

Seit Marx wissen wir: der Kapitalismus ist definitiv darauf angewiesen, dass das Geld als Kreditgeld – in Obamas Worten: als Illusion – auf die Welt kommt. Genau dies – und das sagt Obama nicht! – müssen wir ändern als Voraussetzung dafür, den Kapitalismus zu überwinden: wir dürfen das Geld nicht als Illusion, sondern müssen es als reale Größe in die Wirtschaft geben.

Real ist das Geld nur unter der Bedingung, dass man es aufgrund realer Vorgänge druckt: weil es reale menschliche Bedürfnisse nach Arbeit und Konsum gibt. Real kann das Geld nicht sein, wenn es unter der Bedingung in die Welt kommt, dass es Nachfrage nach Krediten gibt, die, wenn es sie denn besonders in der Wirtschaftskrise nicht mehr zureichend gibt, vom Staat erzeugt werden muss. Am Ende ist es der Kredit, mithin der immer kreditthürigere Staat, der die Krise zur Monsterverkrise anschwellen lässt. Der Vater dieser Methode ist Keynes mit seiner Methode einer kreditinduzierten Belebung der Konjunktur. Sein zentraler Irrtum: er hat die Gefährlichkeit des Kapitalwertungsmechanismus unterschätzt und mit diesem Irrtum die Funktion des Staates missverstanden: er ist alles mögliche, nur kein Wirtschaftsunternehmen, das Kredite irgendwann zurückzahlt, um nicht insolvent zu werden. Er hat sich ohne Wenn und Aber um das Allgemeininteresse zu kümmern und nicht darum, dass seine Haushaltsbilanz stimmt (...)

Weiterlesen auf der WASH-Homepage:

www.film-und-politik.de/html/wash.html (Bürgerbrief C19)